

Neudruck

Gesetzentwurf

der BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

Gesetz zur verfassungsgemäßen Regelung der Verjährung im Bereich der Kommunalabgaben

Vom ...

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Änderung des Kommunalabgabengesetzes für das Land Brandenburg

Im Kommunalabgabengesetz für das Land Brandenburg vom 31. März 2004 (GVBl.I/04, [Nr. 08], S.174), das zuletzt durch Artikel 10 des Gesetzes vom 10. Juli 2014 (GVBl.I/14, [Nr. 32]) geändert worden ist, wird in § 8 Abs. 7 Satz 2

- a. im Halbsatz 1 das Wort „*rechtswirksam*“ gestrichen;
- b. der Halbsatz 2 wie folgt ergänzt: „, *dieser darf jedoch nicht später als der auf den Tag der Bekanntmachung folgende 1. Januar liegen.*“

Artikel 2

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Begründung:

Dieser Antrag ist hinsichtlich des Beschlussvorschlages identisch mit der im September 2015 im Landtag behandelten Drucksache 6/2547. Ziel war und ist es, die Möglichkeit der galoppierenden Verjährung aufgrund rechtswidriger Satzungen zu beenden. Der Antrag wurde seinerzeit mit der Begründung abgelehnt, dass das Brandenburger Kommunalabgabenrecht rechtssicher und korrekt sei. Es gebe keinen Änderungsbedarf.

Diese Betrachtungsweise ist seit dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 12.11.2015 (1 BvR 2961/14, 1 BvR 3051/14) obsolet. Ausdrücklich hat das Bundesverfassungsgericht darauf hingewiesen, dass die rückwirkende Erhebung von Anschlussbeiträgen auf die Anwendung des § 8 Abs. 7 S. 2 KAG nicht gestützt werden kann, weil die dadurch entstehende Rückwirkung den Vertrauensschutz verletzt und rechtsstaatswidrig ist.

Datum des Eingangs: 23.02.2016 / Ausgegeben: 24.02.2016

Es ist in einem auf Beachtung der verfassungsgerichtlichen Bindungswirkung von Entscheidungen aufbauenden Rechtsstaat schlechterdings unvorstellbar, dass jene Entscheidungen ohne legislative Konsequenzen bleiben. Denn auch das OVG Berlin-Brandenburg hat in seiner Urteilsbegründung bzw. Verfahrenserörterung am 11.02.2016 (OVG9 B 1.16, OVG9 B 43.15) sehr ausführlich abgewogen und dargelegt, dass die Einführung des Wortes „rechtswirksam“ soz. das Fundament für all die verfassungswidrigen Bescheide samt all den sozialen und politischen Spannungen gewesen ist – was sich aber als unzulässig erwies.

Auch das Innenministerium und die Landtagsmehrheit haben in den vergangenen 2 Monaten immer betont, zunächst das Urteil und die Argumente des OVG abwarten zu wollen. Nachdem diese vorliegen und bekannt sind, muss gegenüber der Öffentlichkeit deutlich gemacht werden, dass der Landesgesetzgeber die Fehler der Vergangenheit eingesteht und korrigiert.

Es muss eine gesetzliche Regelung geschaffen werden, die die Satzungsgeber von Anbeginn zu rechtmäßigem Handeln anhält und ihnen nicht die Möglichkeit bietet, aus rechtswidrigem Handeln auch noch Vorteile zu ziehen.

Denn durch die Einfügung des Wortes „rechtswirksam“ wird jegliche Planbarkeit und Rechtssicherheit im Bereich öffentlicher Abgabenerhebung quasi ausgehebelt. Durch Fehler, die allein in der Sphäre des Satzungsgebers, des Beitragserhebenden, begründet liegen, kann dieser die Verjährung für den Beitragspflichtigen verlängern. Rechtsmängel, die der Beitragserhebende zu vertreten hat, gereichen diesem zum Vorteil und machen jegliche Vorhersehbarkeit zur Berechtigung der Kostenerhebung zunichte.

Bereits in der Begründung zu dem Antrag in der Drucksache 6/2547 hat die einreichende Gruppe darauf hingewiesen, dass dieser Zustand gegen das Rechtsstaatsgebot des Artikels 20 Abs. 3 GG, der in seiner Ausprägung als Gebot der Belastungsklarheit und -vorhersehbarkeit davor schützt, dass lange zurückliegende, in tatsächlicher Hinsicht abgeschlossene Vorgänge unbegrenzt zur Anknüpfung neuer Lasten herangezogen werden können, verstößt. Dies wurde seinerzeit von der Landtagsmehrheit in Abrede gestellt. Diese Auffassung ist verfassungsrechtlich spätestens seit 17.12.2015 unhaltbar.

Hinzukommt, dass nach derzeitigem Gesetzeswortlaut der Zustand sogar noch dadurch verschärft wird, dass der Satzungsgeber selbst ohne später festgestellte Rechtsmängel das Inkrafttreten der Satzung beliebig nach hinten verlegen kann.

Péter Vida
für die BVB / FREIE WÄHLER Gruppe